



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 – 2019

Ausschuss für Kultur und Bildung

2014/2250(INI)

6.5.2015

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Kultur und Bildung

für den Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

zur Stärkung der Stellung von Mädchen durch Bildung in der EU
(2014/2250(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Ernest Maragall

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Kultur und Bildung ersucht den federführenden Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, dass geschlechtsspezifische Stereotype und Sexismus nach wie vor die größten Hindernisse bei der Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter sind, und hebt hervor, dass geschlechtsspezifische Stereotype im Studium, in akademischen Lehrplänen und Leistungen und auch im Rahmen der formellen wie der informellen Bildung bekämpft werden müssen, und zwar auf allen Bildungsebenen; weist ebenfalls darauf hin, dass die Tatsache, wie Studiengänge und berufliche Laufbahnen von den Geschlechtern wahrgenommen werden, bei der Entscheidung über die Ausbildung ein wesentlicher Faktor ist; hält es für wichtig, Mädchen in den Bereichen Wissenschaft, Ingenieurwesen, Technologie, Gewerbe im Agrarsektor, IKT, Kreativindustrien, Kunst und Handwerk zu motivieren und eine stärkere Teilhabe von Mädchen in diesen Bereichen zu fördern, und begrüßt alle Initiativen und Programme, mit denen diese Studienbereiche und die entsprechenden wissenschaftlichen Laufbahnen für Mädchen attraktiver gemacht werden sollen;
2. fordert die Mitgliedstaaten auf, einzelstaatliche Vorschriften zu entwickeln oder zu stärken, um den durch stereotypen Geschlechterrollen bedingten negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, die aufgrund der über die Medien und Werbung vermittelten Werte entstehen und die sehr häufig die Arbeit zu diesen Themen in den Schulen untergraben;
3. misst der informellen Bildung und dem interkulturellen Dialog erhebliche Bedeutung bei, wenn es darum geht, wie gegen Weltanschauungen und traditionelle Bräuche vorgegangen werden kann, die den Mädchen in der Bildung Einschränkungen auferlegen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, Jungen und Mädchen gleichberechtigt Zugang zu Bildung zu gewährleisten, unabhängig von ihrem ethnischen, nationalen, sozialen, kulturellen oder religiösen Hintergrund, damit beim Zugang zu erstklassiger Bildung eine echte Gleichstellung der Geschlechter verwirklicht werden kann, mithilfe von Maßnahmen, die unter anderem darauf abzielen, die Schulabbrecherquote bei Mädchen zu verringern; betont, dass Gruppen, die mehrfach diskriminiert werden, wie etwa Migranten, Flüchtlinge, Menschen mit Behinderung, sogenannte „Young Carer“ (pflegende Kinder und Jugendliche) und weitere Gruppen, besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist; betont, dass es für Mädchen besonders wichtig ist, nicht durch die Familie dazu gezwungen zu werden, die Schule vor Abschluss der Sekundarbildung zu verlassen;
4. fordert erneute Anreize zur Anerkennung von informeller Bildung als Qualifikationsnachweis sowie ein hohes Anforderungsniveau für ein Zertifikat für Lernen am Arbeitsplatz im Zuge der Berufsausbildung, da dies Mädchen und Frauen dabei unterstützen wird, bessere Arbeitsplätze zu finden und in den Arbeitsmarkt einzutreten bzw. sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und gleichzeitig eine Gleichstellung der Frauen mit Männern in Bezug auf Würde und Kompetenz zu gewährleisten;
5. betont, dass eine auf Rechte gestützte und gleichstellungsorientierte Lernumgebung für alle Lernenden sowohl im Hinblick auf die Lehrpläne als auch auf die pädagogischen

Konzepte bereitgestellt werden muss, in der Kinder (und Mädchen insbesondere) über ihre Rechte informiert werden und in den Schulen in informellen Lernumgebungen demokratische Prozesse erfahren können; ist der Auffassung, dass bei dieser Art des Lernens die Aspekte Gleichheit der Geschlechter, Nichtdiskriminierung und europäische Bürgerschaft besondere Berücksichtigung finden sollten;

6. vertritt die Auffassung, dass die Gleichstellung der Geschlechter in der Bildung eine Reihe von Themen beinhalten muss, wie etwa die Lese- und Schreibfähigkeit einschließlich Medienkompetenz, Mobbing einschließlich Cybermobbing, homophobe Gewalt, Volksverhetzung, Menschenrechte und politische Bildung;
7. betont, dass Bildung dazu beitragen muss, dass Jungen und Mädchen eine eigene Persönlichkeit entwickeln und offen und ausgeglichen sind, anderen Menschen Respekt erweisen und zu Empathie und gegenseitigem Respekt fähig sind, damit es nicht zu Diskriminierung, Aggressivität und Mobbing kommt;
8. unterstreicht, dass die Schule dazu beitragen sollte, in der Bildung einen interkulturellen Ansatz zu entwickeln, und nicht einen, der auf Assimilierung oder Multikulturalität setzt, um so Offenheit, gegenseitigen Respekt und den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu fördern;
9. nimmt zur Kenntnis, dass das Lehrpersonal bei der durch Bildung erworbenen Identität eine wichtige Rolle spielt und in erheblichem Maße Einfluss auf Aspekte geschlechtsspezifischen Verhaltens in Schulen nimmt; weist darauf hin, dass noch viel getan werden muss, bis die Lehrkräfte verinnerlicht haben, wie sie die Gleichstellung der Geschlechter am besten fördern; hält es daher für unbedingt notwendig, dass alle Lehrkräfte auf allen Ebenen der formellen und informellen Bildung umfassende erste und weiterführende Schulungen in Bezug auf die Gleichstellung erhalten, auch durch „*peer learning*“ und durch die Zusammenarbeit mit externen Organisationen und Agenturen, um das Bewusstsein für die Auswirkungen der Geschlechterrollen und Stereotype auf das Selbstbewusstsein ihrer Schüler und ihre Fächerwahl im Laufe ihrer Ausbildung zu stärken; weist mit Nachdruck darauf hin, dass Mädchen an Schulen und Universitäten positive weibliche und männliche Vorbilder haben müssen, damit sie in der Lage sind, ihr Potenzial zu erkennen und bestmöglich zu nutzen, ohne dass sie Diskriminierung oder Zweideutigkeiten in Bezug auf ihr Geschlecht befürchten müssen;
10. hält die Gesundheits- und Sexualerziehung für außerordentlich wichtig, vor allem weil sie die Aufklärung von Mädchen und Jungen über Beziehungen zum Inhalt hat, die von der Gleichstellung der Geschlechter, von Zustimmung, Respekt und Gegenseitigkeit ausgehen müssen, und die anderweitig auch vermitteln sollte, welche Rechte Frauen und Mädchen haben, einschließlich der Rechte, die die sexuelle und reproduktive Gesundheit betreffen, damit Stereotype überwunden werden und Gewalt gegen Frauen und Mädchen verhindert wird;
11. hält es für sehr wichtig, dass in den Projekten der Entwicklungszusammenarbeit Bildungsmaßnahmen für Mädchen und Frauen vorgesehen werden;
12. weist erneut darauf hin, dass Frauen, die ihren Bildungsweg unterbrechen oder ihren Arbeitsplatz verlassen mussten, um sich um Familienangehörige zu kümmern, oder

alleinerziehenden Müttern unabhängig von ihrem Kenntnisstand (dies gilt sowohl für hoch- als auch für geringqualifizierte Frauen) Zugang zu Berufsausbildung, Schulungen und Erwachsenenbildung gewährt werden muss; ist der festen Überzeugung, dass solche Ausbildungsmaßnahmen attraktiv und flexibel sein müssen; fordert Maßnahmen, die Frauen konkret dabei unterstützen, Familie und Arbeit oder Ausbildung in Einklang zu bringen;

13. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, die Hürden für den Zugang zu formeller und informeller Bildung sowie zum lebenslangen Lernen dadurch zu beseitigen, dass das Bewusstsein gestärkt und die Beratung verbessert wird, dass finanzielle Unterstützung bereitgestellt wird und andere Formen der Unterstützung wie etwa Unterstützung bei der Kinderbetreuung und Betreuung von älteren Menschen in Anspruch genommen werden können, damit durch einen generationsübergreifenden Ansatz und die Stärkung der Rolle der europäischen Organe Frauen und Männer die Möglichkeit erhalten, am lebenslangen Lernen teilzunehmen;
14. fordert das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) und die Mitgliedstaaten auf, in allen Mitgliedstaaten vergleichbare, nach Geschlechtern aufgeschlüsselte (sowohl quantitative als auch qualitative) Daten im Bereich Bildung zu erheben;
15. vertritt die Auffassung, dass die EU-Strukturfonds und insbesondere der Europäische Sozialfonds Bildungsprojekte mit einer geschlechterspezifischen Natur sowie geschlechterdifferenzierte Bildungsstrukturen unterstützen müssen;
16. erinnert daran, dass Bildungsstrategien mit dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter auch aktiv Jungen und Männer einschließen müssen;
17. betont, dass die Bildung wichtig ist, damit Frauen vollständig an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können; betont, dass Maßnahmen des lebenslangen Lernens ausschlaggebend dafür sind, dass Frauen Qualifikationen erwerben können, die sie in die Lage versetzen, wieder eine Beschäftigung oder eine anspruchsvollere Arbeit auszuüben und so ihren Verdienst sowie ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern;
18. weist darauf hin, dass Bildung Frauen dazu verhilft, wirtschaftlich unabhängig zu werden, was wiederum sehr wichtig ist, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen vorzubeugen;
19. erinnert daran, dass Armut und ein niedriger wirtschaftlicher Status einen starken Einfluss auf die Gleichstellung der Geschlechter in der Bildung haben und den Zugang von Mädchen zu Schulen und Universitäten unverhältnismäßig beeinträchtigen; fordert daher die Mitgliedstaaten auf, Initiativen mit dem Ziel ins Leben zu rufen, die direkten und indirekten Bildungskosten für bedürftige Familien zu reduzieren;
20. betont, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit Mädchen mit Behinderung die gleichen Chancen haben, Zugang zur Bildung auf allen Ebenen zu erhalten, wodurch sich ihre Chancen bei der Arbeitssuche verbessern und sie in die Lage versetzt werden, Mehrfachdiskriminierungen zu überwinden; betont, dass Bildung ein wichtiges Instrument ist, Mädchen aus benachteiligten Gruppen die Möglichkeit zu geben, ein Leben frei von Marginalisierung und als aktives Mitglied der Gesellschaft zu führen;

21. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Kinderbetreuung und frühkindliche Erziehung in ihre Bildungssysteme zu integrieren, damit Kinder bereits von Anfang an eine auf der Gleichheit der Geschlechter basierende Bildung erhalten und die Eltern die Möglichkeit haben, ihre Arbeit mit dem Familienleben in Einklang zu bringen;
22. ist der Ansicht, dass pädagogische Teams eine wichtige Aufgabe haben, nämlich Familien bei der beruflichen Orientierung ihrer Kinder zu begleiten und zu beraten, damit diese einen Bildungsweg einschlagen, der ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und ihrem Geschmack entspricht; unterstreicht, dass die berufliche Orientierung eine entscheidende Phase ist, in der geschlechtsspezifische Stereotypen durchschlagende Wirkung entfalten können, die einen dauerhaften Einfluss auf die Fähigkeit der Mädchen haben dürften, eine berufliche Laufbahn einzuschlagen, in der sie sich entfalten und ihre Emanzipation vorantreiben können;

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

| | |
|---|---|
| Datum der Annahme | 5.5.2015 |
| Ergebnis der Schlussabstimmung | +: 22 -: 2 0: 1 |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder | Isabella Adinolfi, Andrea Bocskor, Silvia Costa, Damian Drăghici, Angel Dzhambazki, Giorgos Grammatikakis, Petra Kammerevert, Svetoslav Hristov Malinov, Curzio Maltese, Fernando Maura Barandiarán, Luigi Morgano, Momchil Nekov, Helga Trüpel, Sabine Verheyen, Julie Ward, Bogdan Brunon Wenta, Theodoros Zagorakis, Bogdan Andrzej Zdrojewski, Milan Zver, Krystyna Łybacka |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter | Therese Comodini Cachia, Marc Joulaud, Kashetu Kyenge, Ilhan Kyuchyuk, Ernest Maragall, Emma McClarkin, Algirdas Saudargas, Hermann Winkler |